



Protokoll

der 3. Sitzung des Einwohnerrats

Freitag, 26. Juni 2026, 18.45 Uhr bis 21.05 Uhr
Jakob und Emma Windler-Saal

Vorsitz	Werner Käser	FDP	Präsident
Anwesende Mitglieder	Anton Adam	parteilos	
	Rafael Aragon	Pro Stein	
	Carolina Bächli	Pro Stein	
	David Böhni	SVP	
	Simone Good-Ehrensperger	parteilos	Erste Vizepräsidentin
	Claudio Götz	Pro Stein	
	Peter Keller	SP	
	Nicole Lang	parteilos	Stimmenzählerin
	Beat Leu	GLP	
	Ruth Metzger	SVP	Zweite Vizepräsidentin
	Niels Müller	Pro Stein	
	Daniel Ochsner	SVP	
	Marco Suter	FDP	
	Waltraud Zepf Getto	SP	Stimmenzählerin
	Corinne Ullmann	SVP	Stadtpräsidentin
	Ulrich Böhni	GLP	Hochbaureferent
	Irene Gruhler Heinzer	SP	Tiefbaureferentin
	Carla Rossi	parteilos	Gesellschaftsreferentin
	Roman Suter	FDP	Finanzreferent
	Timo Bär		Stadtschreiber
	Benjamin Gruber		Bereichsleiter Finanzen (Traktandum Nr. 1-2)
Abwesende Mitglieder	-		
Protokoll	Julia Schmid		

Traktandenliste

Beschluss-Nr. 11

1. Protokollgenehmigung

Beschluss-Nr. 12

2. Genehmigung Jahresrechnung 2025

Beschluss-Nr. 13

3. Orientierungsvorlage «Petition Rhigüetli»

Beschluss-Nr. 14

4. Volksinitiative «Erhalt des Naherholungsgebiets Rhigüetli im Besitz der Einwohnergemeinde Stein am Rhein»

Beschluss-Nr. 15

5. Postulat «Konzeption und Standort Jugendtreff»

Beschluss-Nr. 16

6. Postulat «Kita Standortüberprüfung»

Beschluss-Nr. 17

7. Interpellation «Weiteres Vorgehen betreffend Landwirtschaftsstrategie»

Beschluss-Nr. 18

8. Kreditabrechnung Beschaffung Zangenschlepper

Beschluss-Nr. 19

9. Bauabrechnung Restauration Obertorturm

Beschluss-Nr. 20

10. Bauabrechnung Restauration Untertorturm

Beschluss-Nr. 21

11. Bauabrechnung Umstellung öffentliche Beleuchtung auf LED

Beschluss-Nr. 22

12. Informationen und Umfrage

Beschluss-Nr. 11

1. Protokollgenehmigung

Protokollgenehmigung 20. Februar 2026

Der Einwohnerrat beschliesst:

Das Protokoll der Sitzung vom 10. April 2026 wird einstimmig genehmigt.

Beschluss-Nr. 12

2. Genehmigung Jahresrechnung 2025

Vorstellung Traktandum

Finanzreferent Roman Suter: Er erläutert die Jahresrechnung 2025 anhand einer PowerPoint-Präsentation.

Bericht Kommission

Waltraud Zepf Getto, SP, GPK: Den Bericht der GPK haben alle gelesen. Die GPK hat darin gewisse Anmerkungen und Empfehlungen an den Stadtrat gemacht. Ausdrücklich erwähnen möchte sie, dass es für Finanzverwalter Benjamin Gruber eine Herausforderung war und schlussendlich für alle, da die Termine nicht immer eingehalten werden konnten. Aber schlussendlich ist alles auf einen guten Weg gekommen. Finanzpolitisch strebt man längere Strategien an. Es wurde vereinbart, dass sich die GPK mit dem Finanzreferenten und dem Bereichsleiter Finanzen auch während dem Jahr austauscht. In der Prüfung war nichts enthalten, was die GPK nicht vertreten könnte. Die Fragen konnten alle beantwortet werden. Die Empfehlung betreffend den externen Beratern gibt es jedes Jahr, da sie immer weiter steigen, aber wir wissen, dass man heutzutage in jedem Geschäft noch eine externe Kontrolle benötigt, ansonsten verhebt es womöglich nicht. In den Gebühren muss allenfalls beim Abwasser geschaut werden, da diese kostendeckend sein sollten. Die GPK empfiehlt, die Jahresrechnung zu genehmigen und gleichzeitig die Personen und Organe zu entlasten. Dem Antrag des Stadtrats, den Ertragsüberschuss von CHF 3'659'197.38 der Finanzpolitischen Reserve «Sanierung Schulhaus Schanz» zuzuweisen, ist zuzustimmen. Die GPK bedankt sich beim Stadtrat, der Finanzverwaltung und den städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Detailberatung

Finanzreferent Roman Suter: In letzter Minute haben wir ein paar kleiner Sachen in der Jahresrechnung festgestellt, die eine Korrektur verlangen werden. Sobald wir dorthin kommen, werden wir darauf aufmerksam machen.

Seite 72: 2182.4636.00 (Schulergänzende Früh- und Mittagsbetreuung: Beiträge von Stiftungen, Fonds und Legaten)

Benjamin Gruber, Bereichsleiter Finanzen: Die CHF 41'393.00 (Beiträge der Jakob und Emma Windler-Stiftung) sind nicht korrekt. In der Kita hat es auch Beiträge der Jakob und Emma Windler-Stiftung von ca. CHF 130'000.00. Darin sind auch die vorgenannten CHF 41'393.00 enthalten. Somit wurden die Beiträge der Stiftung zweimal zugewiesen. Entsprechend müssen auf dem Konto 2182.4636.00 die CHF 41'393.00 ausgebucht werden und an die Jakob und Emma Windler-Stiftung zurückbezahlt werden. Bis Ende 2025 haben wir Beiträge der Jakob und Emma Windler-Stiftung erhalten und immer alles verbraucht. Normalerweise wurde das abgerechnet. Im Jahr 2024 wurde die Abrechnung an die Stiftung gesendet und

darum gebeten, den Betrag bei den Akontozahlungen abziehen, wobei darin ca. CHF 180'000.00 als Schuld gegenüber der Stiftung enthalten waren. Im Jahr 2025 ist es nun noch einmal enthalten, wobei wir dann bei CHF 380'000.00 sind. Mit diesen CHF 41'393.00 sind wir dann bei CHF 420'000.00, was wir der Stiftung zurückzahlen müssen.

Simone Good, parteilos: Ist das schulergänzende Betreuung, wo die Stiftung Beiträge bezahlt, damit die Eltern nicht so hohe Beiträge bezahlen müssen?

Benjamin Gruber, Bereichsleiter Finanzen: Genau. Im Jahr 2025 wurde dieser Teil erstmals auseinandergenommen. Wir haben die interne Verrechnung von der Kita darin. Zuvor war alles in der Kita. Beim Beitrag war ihm nicht bewusst, dass das darin enthalten ist, weshalb er es noch einmal herausgenommen hat. Somit ist dieser Beitrag nun doppelt in der Gesamtrechnung. Deshalb haben wir einen Gewinn in der Kita.

Werner Käser, FDP: Wenn man diesen Beitrag jetzt korrigiert: Ist das Ergebnis dann kostenneutral oder schlechter?

Benjamin Gruber, Bereichsleiter Finanzen: Es verschlechtert die Rechnung um ca. CHF 40'000.00. Beim Ergebnis, das wir haben, ist dieser Betrag nicht massgebend, aber es ist doch etwas, das wir korrigieren müssen.

Seite 83: 5440.3636.00 (Jugendschutz (allgemein): Beiträge an private Organisationen)

Niels Müller, Pro Stein: Sind das Beiträge an Pro Junior?

Benjamin Gruber, Bereichsleiter Finanzen: Ja.

Niels Müller, Pro Stein: Wieso sind diese tiefer als im Jahr 2024?

Stadtschreiber Timo Bär: Früher wurde der Beitrag an den Shuttlebus vom Burgklang Daydance auf diesem Konto verbucht. Das hat man nun umgebucht. Es lief immer noch unter diesem Konto aufgrund des Jugendfestes von früher. Das wurde nun korrigiert.

Seite 83: 5451 (Kinderkrippen und Kinderhorte)

Simone Good, parteilos: Wie würde die Rechnung der Kita mit dieser Korrektur aussehen?

Benjamin Gruber, Bereichsleiter Finanzen: Es wären ca. CHF 40'500.00, die man bei der Kita wieder herausnehmen würde bei den Einnahmen.

Simone Good, parteilos: Dann hat uns die Kita nur CHF 2'500.00 gekostet?

Benjamin Gruber, Bereichsleiter Finanzen: Ja.

Simone Good, parteilos: Aber budgetiert waren CHF 25'000.00?

Benjamin Gruber, Bereichsleiter Finanzen: Ja.

Seite 84: 5451.3090.00 (Kinderkrippen und Kinderhorte: Aus- und Weiterbildung)

Simone Good, parteilos: Dieses Konto ist viel tiefer als budgetiert. Dahinter steht «keine Teamweiterbildung».

Benjamin Gruber, Bereichsleiter Finanzen: Das ist korrekt. Gemäss Franziska Karrer, Leiterin der Kindertagesstätte, waren Teamweiterbildungen geplant, wurden aber nicht durchgeführt.

Seite 84: 5451.3111.00 (Kinderkrippen und Kinderhorte: Anschaffungen Mobiliar, Maschinen, Geräte, Fahrzeuge)

Simone Good, parteilos: Auch dieses Konto ist viel tiefer als budgetiert. Sie nimmt an, dass auch hier etwas geplant war aber nicht umgesetzt wurde.

Hochbaureferent Ulrich Böhni: Es handelt sich dabei um den Kinderwagenunterstand, der erst in diesem Jahr erstellt wurde.

Seite 84: 5452 (Integrationsförderung im Frühbereich)

Simone Good, parteilos: Budgetiert waren CHF 6'100.00, verwendet wurden jedoch nur CHF 781.55. Wird der übrige Betrag auf das nächste Jahr übertragen?

Benjamin Gruber, Bereichsleiter Finanzen: Nein.

Finanzreferent Roman Suter: Das Budget ist nur für ein Jahr. Er weiss nicht, was für das Jahr 2026 budgetiert ist, aber es wird etwas Neues budgetiert worden sein.

Seite 91: 7202.3300.40 (Öffentliche Toiletten: Abschreibungen Hochbauten)

Benjamin Gruber, Bereichsleiter Finanzen: Die CHF 2'332.00 sind das Gesamtergebnis der Funktion «Öffentliche Toiletten», wobei es sich um die Abschreibungen handelt, welche neu darin sind. Grundsätzlich müsste diese Funktion null geben. Wir werden diese CHF 2'332.00 mit einer Entnahme aus dem Parkplatzfonds korrigieren. Dadurch wird die Entnahme aus dem Parkplatzfonds grösser, aber diese Funktion gibt null. Das wurde mit der GPK bereits besprochen.

Seite 96: 8300 (Jagd und Fischerei)

Benjamin Gruber, Bereichsleiter Finanzen: Auch diese Funktion müsste null geben. Wir haben einen Ertrag, welcher gesamthaft in den Naturschutzfonds eingelegt werden muss.

Seite 96: 8400 (Tourismus)

Benjamin Gruber, Bereichsleiter Finanzen: Auch diese Funktion muss null geben. Um die Abschreibungen auszugleichen, gibt es eine Entnahme aus dem Parkplatzfonds.

Der Einwohnerrat beschliesst:

1. Die Jahresrechnung wird einstimmig genehmigt.
2. Die vollumfängliche Zuweisung des Ertragsüberschusses von CHF 3'629'536.68 an die Finanzpolitische Reserve «Sanierung Schulhaus Schanz» wird einstimmig genehmigt.

Beschluss-Nr. 13

3. Orientierungsvorlage «Petition Rhigüetli»

Vorstellung Traktandum

Hochbaureferent Ulrich Böhni: Er hebt die wichtigsten Punkte aus der Orientierungsvorlage hervor und verweist für Details auf die vorliegende Orientierungsvorlage.

Detailberatung

Claudio Götz, Pro Stein: Er möchte seine Irritation kundtun, dass der Petitionär heute nicht anwesend ist. Wichtig ist, dass wir bei der Diskussion über das weitere Vorgehen bezüglich des Rhigüetlis mit Fakten operieren. Dafür liegt der Bericht des Kantons vor, der besagt: Wenn man das als Baugesuch einreicht, muss man es als nicht bewilligungsfähig erachten. Das sind die Worte des Kantons. Es sind Bewilligungsinstanzen, keine Experten im Sinne von Herr Böhni, aber es ist die Bewilligungsinstanz, weshalb er das höher gewichtet als die Aussagen von Experten. Im Brief von Herr Böhni haben wir dargelegt erhalten, dass die 13ha zu klein sind, weshalb man noch Rebland dazunehmen könnte, was die Version 3 ergibt. Darin ist auch erwähnt, dass die Wasserbuchten nicht möglich seien und der Bach nicht offengelegt werden könne aufgrund der Drainageleitungen. Er versteht die Emotionalität und dass man eigene Ideen einbringt, was man auch honorieren soll. Aber wir müssen mit Fakten operieren. Die neuen Ideen sind mittlerweile alles Fabelwesen, die nicht umsetzbar sind, so romantisch das alles klingt.

Er bittet darum, in Zukunft, auch beim nächsten Traktandum, mit Fakten zu operieren und diskutieren aber nicht mit Fabelwelten. Darüber wäre er sehr froh.

Waltraud Zepf Getto, SP: Die Petition nimmt grundsätzlich Forderungen auf, die innerhalb der SP-Basis geäussert wurden. Sie hat viele Ideen formuliert, die auf breite Zustimmung stossen, auch innerhalb unserer Partei und Fraktion. Die Forderungen nach nachhaltiger Landwirtschaft und entsprechenden Regelungen wurden von der SP schon mehrfach vorangetrieben. Es ist dem Stadtrat und der kantonalen Verwaltung auch für die ausführlich Auslegeordnung zu danken. Es zeigt sich, dass verschiedene Wünsche kaum zu realisieren sind, andere vielleicht projektabhängig. Die SP wünscht, dass ihre Grundsätze in der weiteren Bearbeitung und Verfeinerung der Landwirtschaftsstrategie berücksichtigt werden. Dies soll aber nicht an einem Einzelobjekt hängen, sondern in einer gesamtheitlichen Sicht bearbeitet werden. Im Grundsatz bleibt die SP dabei, dass sie Landverkäufe sehr kritisch sieht und andere Lösungen bevorzugt. Dasselbe kann von der Gruppierung, die sich im Landabtausch unter dem Schlagwort gegen den «Ausverkauf der Heimat» in den Abstimmungskampf begeben hat, wohl auch erwartet werden. Ein weiterer wichtiger Punkt ist und bleibt die Sicherung der Trinkwasserversorgung und der Quellen am Klingenhang. Auch dies gehört in die ganzheitliche Sicht. Die Probleme sind komplex, daher tun Stadt- und Einwohnerrat gut daran sich nicht von einzelnen Interessenten und Exponenten unter Druck setzen zu lassen.

Beschluss-Nr. 14

Volksinitiative «Erhalt des Naherholungsgebiets Rhigüetli im Besitz der Einwohnergemeinde Stein am Rhein»

4.

Vorstellung Traktandum

Hochbaureferent Ulrich Böhni: Er hebt die wichtigsten Punkte aus der Vorlage hervor und verweist für Details auf den vorliegenden Bericht und Antrag.

Detailberatung

Marco Suter, FDP, Bürgerliche Fraktion: Diese Initiative darf man nicht unterschätzen. Es ist ein emotionales Thema, es geht um das Rhigüetli. Er hat sich auf allen Seiten ausgetauscht und festgestellt, dass das Rhigüetli Stein am Rhein stark bewegt. Wir dürfen die Initiative auf keinen Fall unterschätzen in dem Sinne, dass es logisch ist, dass man dem nicht zustimmen sollte. Wenn man abstimmen würde, ohne grosse Fakten auf den Tisch zu legen, würde das Volk vermutlich mit einer Mehrheit dem Geschäft zustimmen. Dies bedeutet, es ist ein wenig Arbeit vom Stadtrat notwendig, um den Stimmbürgern klarzumachen, was geht und was nicht geht. Obwohl es nichts mit der Petition zu tun hat, wird die Petition ein Thema werden, es wird Leserbriefe in den Medien geben. Viele Leute denken vielleicht, dass wenn sie Ja stimmen, dass es nachher etwas Schönes, also einen Streichelzoo oder was auch immer, geben wird. Darum geht es aber gar nicht. Wir stimmen über etwas ab, was wir in unsere Verfassung schreiben. Was absolut nicht heisst, was danach kommen könnte oder was eben nicht. Wir stimmen über eine Blackbox ab. Wir stimmen über etwas ab, wo das Volk vielleicht denkt, es könnte etwas Schönes geben, in Wahrheit dann aber nicht so ist. Wenn wir das in der Verfassung haben, ist es nicht mehr so einfach, das herauszubringen, falls man merkt, dass es doch nicht so eine gute Idee war. Der Stadtrat hat richtig bemerkt, dass so oder so später darüber abgestimmt wird. Somit vergibt man sich nichts, wenn man diese Initiative ablehnt. Das ist auch ein wichtiger Aspekt für die Befürworter. Von einem Petitionär hat er noch die interessante Idee gehört, dass man das Rhigüetli einfach an die Jakob und Emma Windler-Stiftung verkaufen könnte und diese dann schauen könnte, was sie daraus machen könnte. Dies widerspricht der Initiative. Das Volk muss überlegen, was wir machen sollen. Wenn es nie einen Verkauf möchte, können wir auch nicht an die Jakob und Emma Windler-Stiftung verkaufen. Es müssen Fakten auf den Tisch gelegt werden bei dieser Abstimmung. Der Stadtrat soll sich mit dem Volk austauschen. Man darf nicht den Fehler machen und das einfach abzutun im Sinne von «Das Volk weiss

schon, was es abstimmen soll». Nicht unterschätzen, darüber sprechen und die Initiative zur Ablehnung empfehlen.

Niels Müller, Pro Stein: Der wichtigste Artikel ist Art. 9 lit. f der kommunalen Verfassung. Dieser besagt, dass Grundstücke ab einer gewissen Grösse dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden müssen. Das ist für ihn der massgebende Artikel. Dank diesem Artikel kann er dahinterstehen, diese Initiative abzulehnen. Es macht für ihn keinen Sinn. Er empfiehlt, die Initiative abzulehnen, da es keinen Mehrwert bedeutet.

Waltraud Zepf Getto, SP, SP-Fraktion: Die SP-Fraktion entscheidet sich aus ganz pragmatischen Gründen die Initiative abzulehnen. Die Abstimmung soll bald stattfinden können. Erstens kann damit ein Kernanliegen der Initianten umgesetzt werden, dass sie auch in Leserbriefen zum Ausdruck gebracht haben. Es kann rasch Klarheit geschaffen werden. Das Volk kommt somit zum Zuge und es kann dem Grundsatz in dubio pro populo nachgelebt werden. Andernfalls müsste der Stadtrat eine Vorlage im Sinne der Initiative entwickeln und es würde weitere wertvolle Zeit bis zu einer Abstimmung und der gewünschten Klarheit verstreichen. Zudem findet die SP-Fraktion, dass aus grundsätzlichen Erwägungen der Besitz einzelner Grundbuch-Nummern nicht in der Verfassung geregelt werden soll. Man müsste sich dann auch überlegen, weshalb der Besitz des Rhigüetli wichtiger ist als zum Beispiel jener der Burg Hohenklingen. Oder des Untertorturms etc. Die SP-Fraktion ist für Ablehnung der Initiative.

Claudio Götz, Pro Stein: Eine Frage an die SP-Fraktion: Empfehlen sie dem Volk, die Initiative abzulehnen oder lehnen sie nur heute ab, damit sie vors Volk kommt?

Waltraud Zepf Getto, SP: Ja, wir lehnen ab.

Claudio Götz, Pro Stein: Empfiehlt ihr auch dem Volk, die Initiative abzulehnen?

Waltraud Zepf Getto, SP: Ja.

Claudio Götz, Pro Stein: Es war ein Statement in der Presse, das anderes hätte vermuten lassen.

Tiefbaureferentin Irene Gruhler Heinzer: Das hier ist die Fraktion und nicht die Partei.

Der Einwohnerrat beschliesst:

1. Die Volksinitiative «Erhalt des Naherholungsgebiets Rhigüetli im Besitz der Einwohnergemeinde Stein am Rhein» wird einstimmig für gültig erklärt.
2. Die Volksinitiative «Erhalt des Naherholungsgebiets Rhigüetli im Besitz der Einwohnergemeinde Stein am Rhein» wird mit 12 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung den Stimmberechtigten mit dem Antrag auf Ablehnung zur Abstimmung unterbreitet.

Beschluss-Nr. 15

5. Postulat «Konzeption und Standort Jugendtreff»

Wortmeldung Postulent

Niels Müller, Pro Stein, Postulent: Ihm als Einwohnerrat ist aktuell kein Konzept für die Jugend, den Jugendtreff oder die Jugendarbeit allgemein bekannt. Er hat bereits von verschiedensten Seiten gehört, dass bereits neue Standorte evaluiert werden. Das Ziel des Postulats ist eigentlich «Konzept vor Standortprüfung». Und dass der professionelle Einbezug der Nachbargemeinden in Betracht gezogen wird. Aktuell kostet uns die Jugend präventiv CHF 8'500.00. Exemplarisch im Jahresbericht 2025 ist die Jugend mit keinem einzigen Wort erwähnt. Ausser auf Seite zwölf, dass eine Zunahme von Fällen mit Schutzmassnahmen bei Jugendlichen festzustellen ist. Deswegen ist diesem Thema zukünftig Beachtung zu schenken. Er bittet seine Ratskolleginnen und Ratskollegen, das Postulat als erheblich zu erklären.

Wortmeldung Stadtrat

Gesellschaftsreferentin Carla Rossi: Sie verliest die Stellungnahme des Stadtrats zum Postulat:

Einleitung:

Einwohnerrat Nils Müller stellt in seinem Postulat fest, dass ihm derzeit keine formellen Unterlagen oder Konzepte zur zukünftigen Ausgestaltung der Jugendarbeit sowie zum Standort eines Jugendraums beziehungsweise Jugendtreffs vorliegen. Bekannt sei lediglich, dass ein Standort im Schützenhaus geprüft oder vorgesehen sei. Der Einwohnerrat sei bisher nicht aktiv in einen entsprechenden Entscheidungsprozess einbezogen worden.

Stellungnahme:

Der Stadtrat nimmt die beschriebene Ausgangslage zur Kenntnis. Dem Gesamt-Einwohnerrat wurde bezüglich Räumlichkeit und Konzept Jugendarbeit bis anhin keine Vorlage unterbietet. Jedoch wurden in der Arbeitsgruppe Unicef Label ein bis zwei Vertretungen des Einwohnerrats stets in die Diskussionen einbezogen, unter anderem auch zum Jugendtreff.

Der Stadtrat teilt mit dem Postulanten die Einschätzung, dass die Jugendarbeit eine wichtige soziale, präventive und integrationsfördernde Funktion erfüllt und das Angebot eines Jugendtreffs für die Jugend zu erhalten ist.

Der Stadtrat ist ebenfalls der Auffassung, dass eine sachgerechte Planung der Jugendarbeit in einem strukturierten Vorgehen erfolgen sollte. Im Vordergrund steht zunächst eine konzeptionelle Klärung der zukünftigen Ausrichtung der Jugendarbeit.

Im Hinblick auf die im Postulat angesprochene regionale Perspektive hat der Stadtrat bereits erste Schritte eingeleitet. Auf seine Initiative hin fand ein Treffen mit Vertretungen der Gemeinden Hemishofen, Wagenhausen, Eschenz, Buch und Ramsen statt. Dabei zeigte sich, dass grundsätzlich Interesse besteht, die Jugendarbeit weiterhin regional zu organisieren. Zu prüfen sind aber Zielsetzung der Jugendarbeit, Angebotsformen, organisatorische Ausgestaltung, personelle Rahmenbedingungen sowie finanzielle Auswirkungen des Jugendtreffs. Auf dieser Grundlage soll beurteilt werden, welche räumlichen Lösungen und Standorte geeignet sind.

Die beteiligten Gemeinden erklärten sich bereit, eine gemeinsame Jugendtreffkommission zu bilden, mit einer Vertretung aus jeder Gemeinde. Sie hat den Auftrag, ein gemeinsames Konzept für eine bedarfsgerechte Jugendarbeit in der Region zu erarbeiten. Der Stadtrat und die Gemeinderäte aus den beteiligten Gemeinden erachten dieses Vorgehen als zweckmässige Grundlage, um sowohl die inhaltliche Ausrichtung als auch eine mögliche regionale Organisation der Jugendarbeit fundiert zu klären.

Aufbauend auf diesen konzeptionellen Arbeiten soll anschliessend eine strukturierte und transparente Prüfung möglicher Standorte für einen Jugendraum beziehungsweise Jugendtreff erfolgen. Dabei sollen mehrere realistische Standortvarianten ermittelt und anhand nachvollziehbarer Kriterien miteinander verglichen werden. Der im Postulat erwähnte Standort im Schützenhaus soll dabei als eine mögliche Variante in die Prüfung einbezogen werden.

Der Stadtrat erachtet es zudem als wichtig, den Einwohnerrat sowie die zuständigen Kommissionen, aber auch die involvierten Gemeinden im weiteren Prozess angemessen einzubeziehen.

Weiteres Vorgehen:

Der Stadtrat wird dem Einwohnerrat zu gegebener Zeit Bericht erstatten. Dieser Bericht wird insbesondere folgende Punkte umfassen:

- die konzeptionelle Ausrichtung der zukünftigen bedarfsgerechten Jugendarbeit
- die Ergebnisse der Abklärungen zur regionalen Zusammenarbeit, samt finanziellen Auswirkungen
- die Resultate der Standortprüfung für einen Jugendtreff,
- sowie die vorgesehenen weiteren konkreten Vorgehensschritte.

Der Stadtrat beantragt dem Einwohnerrat, das Postulat als erheblich zu erklären.

Detailberatung

Simone Good, parteilos: Die SP-Fraktion hat das Postulat geprüft und diskutiert. Sie begrüsst den Vorschlag, dass eine konzeptionelle Jugendarbeit in einer regionalen Zusammenarbeit mit allen anderen Gemeinden das Ziel sein soll. Anschliessend soll entsprechend den Bedürfnissen ein Raum gesucht werden. Die im Postulat zu prüfenden Punkte sind erwähnt und zu unterstützen. Der Einbezug einer bestehenden Kommission wie zum Beispiel die Kommission Unicef-Label oder einer neu definierten Kommission, wo auch Einwohnerratsmitglieder vertreten sind, und regelmässig informiert, empfinden sie als wichtig. Sie hoffen, dass so eine baldige Lösung zu Gunsten unserer Jugend aus den verschiedenen Nachbargemeinden gefunden werden kann, unterstützt von der Politik. In der Zeitung hat sie gelesen, dass Corinne Lange gekündigt hat. Wie geht es weiter im Jugendkaffee?

Gesellschaftsreferentin Carla Rossi: Diese Thematik wurde in der Jugendtreffkommission besprochen. Pro Junior möchte, dass wir bis am 1. August 2026 eine Leistungsvereinbarung darlegen. Wir beginnen nicht mit der Erarbeitung einer Leistungsvereinbarung sondern mit dem Konzept. Pro Junior wurde mitgeteilt, dass wir bis am 1. August keine Leistungsvereinbarung erarbeiten können und wir unter den Gemeinden allenfalls eine Übergangslösung auf die Beine stellen ab ca. Mitte August oder anfangs September. Wir warten noch auf die Antwort, ob Pro Junior weitermacht oder nicht, wobei sie bereits kommuniziert haben, dass sie ohne Leistungsvereinbarung nicht weitermachen. Darauf warten wir noch. Ansonsten gibt es einen Monat Pause und es muss eine Übergangslösung bei den Gemeinden beantragt werden. Diese Diskussion fand am vergangenen Montag statt.

Simone Good, parteilos: Soll es weitergeführt werden?

Gesellschaftsreferentin Carla Rossi: Ja, aber es ist offen ob mit Pro Junior oder nicht. Wir wollen zuerst das Konzept machen und den Bedarf abklären - wie wollen wir den Jugendtreff aufbauen, wie soll er professionalisiert werden, wie sind die Gemeinden bereit, sich finanziell daran zu beteiligen etc.?

Beat Leu, GLP: Er hat eine Frage zum zeitlichen Verhältnis. Im Bericht wird erwähnt, dass der Stadtrat dem Einwohnerrat zu gegebener Zeit Bericht erstattet. Nun wird von 1. August gesprochen, von Übergangslösung, wird zwei Jahre gewartet?

Einwohnerratspräsident Werner Käser, FDP: Sofern das Postulat für erheblich erklärt wird, hat der Stadtrat sechs Monate Zeit, um dem Einwohnerrat einen Bericht und Antrag zu unterbreiten.

Beat Leu, GLP: Dann geht er davon aus, dass wir in den nächsten Monaten mindestens ein Grobkonzept erhalten.

Gesellschaftsreferentin Carla Rossi: Genau. Es finden noch acht bis zehn Sitzungen statt. In der nächsten Sitzung im August wird das Entwurfskonzept erstellt. An der letzten Sitzung wurden die Aufgaben verteilt – jemand macht Trägerschaft, jemand das Operative etc. – und dann wird es evaluiert mit Kommissionen, Involvierten, Anspruchsgruppen etc. Zudem wird ein partizipativer Prozess initiiert.

Der Einwohnerrat beschliesst:

Das Postulat «Konzeption und Standort Jugendtreff» wird einstimmig als erheblich erklärt.

Beschluss-Nr. 16

6. Postulat «Kita Standortüberprüfung»

Wortmeldung Postulenten

Claudio Götz, Pro Stein, Mitpostulent: Wichtig ist, dass man den Standort genau anschaut. Wir wollen nicht bauen, nur dass wir gebaut haben. Es geht um eine ehemalige Kirche, die auch nach dem Umbau noch eine ehemalige Kirche ist. Er hat das Gefühl, dass wir viel Kubatur verschenken, vor allem im Erdgeschoss für die Höhe des Raumes, die man nicht nutzen kann. Umso wichtiger ist es, den optimalen Standort zu evaluieren.

Wortmeldung Stadtrat

Gesellschaftsreferentin Carla Rossi: Sie verliest die Stellungnahme des Stadtrats zum Postulat:

Einleitung:

Mit dem Postulat «KITA Standortüberprüfung» wird der Stadtrat aufgefordert zu prüfen, ob neben dem bestehenden Standort der Kindertagesstätte auch alternative Standorte in die Überlegungen zum Projekt «Sanierung bzw. Erweiterung der Kindertagesstätte» einbezogen werden sollen. Dabei wird insbesondere darauf hingewiesen, dass die Erweiterungsmöglichkeiten am heutigen Standort begrenzt sind und eine Prüfung weiterer Standorte als notwendig erachtet wird.

Stellungnahme:

Der Stadtrat hat sich mit der Standortfrage der Kindertagesstätte im Rahmen des Projekts «Sanierung und Erweiterung Kindertagesstätte Schatztrübe» vertieft auseinandergesetzt. Dabei wurden auch mögliche Alternativstandorte geprüft und in die Entscheidungsfindung einbezogen.

Eine entsprechende Vorlage wird derzeit erarbeitet und voraussichtlich noch dieses Jahr an den Einwohnerrat überwiesen. Den zuständigen Kommissionen wird das Projekt vorgängig vorgestellt, sodass allfällige Rückmeldungen noch aufgenommen werden können.

Der Stadtrat unterstützt die formulierten Anliegen und wird diese in der genannten Vorlage berücksichtigen.

Gestützt darauf beantragt der Stadtrat, das Postulat als erheblich zu erklären.

Gesellschaftsreferentin Carla Rossi: Sie möchte die Stellungnahme noch ergänzen: Es steht immer wieder im Raum, dass die Kita nach dem Umbau zu wenig Plätze hat. Dies ist nicht der Fall. Es werden sechs Plätze pro Tag geschaffen, was 30 Module pro Woche ergibt. Die aktuellen Räumlichkeiten erfüllen nicht die Anforderungen an eine Kita. Dies muss man getrennt vom Standort betrachten. Es gibt eine Toilette, es ist ringhörig, nicht jede Gruppe hat zwei Räume etc. All das kann man mit der Sanierung bewerkstelligen.

Detailberatung

Simone Good, parteilos: Die SP-Fraktion hat den heutigen Kita-Standort und das Postulat besprochen. Aus diversen Gründen möchten sie das Postulat unterstützen. Einerseits besteht das Thema mit der ehemaligen Kirche, die unter Denkmalschutz steht, wo auch immer wieder viele Punkte Thema sind, die man nicht machen kann aufgrund des Verlustes des kirchlichen Charakters. Heute kämpft die Kita mit Platzproblemen. Gemäss Carla Rossi ist das nach dem Umbau kein Problem mehr. Der Schülerhort und die Betreuung der Jüngsten im selben Gebäude ist finanziell sicher sinnvoll aber es benötigt auch unheimlich viel Organisation und Ausweichmöglichkeiten, um die Kleinen von den Grossen zu trennen und aneinander vorbeizukommen. Die Schüler sind beispielsweise am Nachmittag im Garten hinter dem Haus. Vor dem Haus ist der Platz für die Babys und die Kleinen, wo es zwei Sonnenschirme als Schattenspender hat. Ist es eine sinnvolle Beschattung mit den zwei Sonnenschirmen oder kann man

etwas Besseres machen an der denkmalgeschützten Kirche? Die heutige Kita ist in viele kleine Räume aufgeteilt. Sie hat keine Kenntnis, wie es danach ist, aber heute ist es so, dass es organisatorisch nicht immer einfach ist, die Kinder in den vielen kleinen Räumen zu betreuen, da alle Kinder beaufsichtigt werden müssen. Je mehr Räume man hat, desto mehr Personal benötigt man, um die Kinder zu beaufsichtigen. Der Personalschlüssel wird nach Kinderanzahl berechnet und nicht nach Anzahl Räumlichkeiten. Also werden Räume geschlossen, damit man alle Kinder unter Aufsicht hat. Der Hort ist je nach Tag in der Mittagspause sehr voll und eng. Es gibt Angebote in der Kita für Hortkinder, aber wenn ein Kind sich in der Mittagspause von der Schule erholen möchte, findet es in der Kita absolut keine Ruhe. Wenn die Eltern arbeiten gehen, passiert das oft mit dem Zug oder mit dem Auto in Richtung Schaffhausen, Frauenfeld oder Winterthur. Mindestens die Hälfte der Anwohner muss also über die Brücke, um das Kind in die Kita zu bringen und wieder zurück zur Arbeit. Aus diesem Grund sind sie der Meinung, dass man das Gebiet Vor der Brugg prüfen soll, da auch in Vor der Brugg sehr viel gebaut wird und viele Familien dorthin ziehen. Sofern der geplante Kitaumbau infolge Standortüberprüfung eine Verzögerung erhält, möchten sie darum bitten, einige Massnahmen im heutigen Gebäude zu prüfen und gut anzuschauen. Dies sind einerseits die Beschattung und Begrünung vor dem Haus, damit die Kinder auch im Sommer hinausgehen können, und andererseits möchte sie fest ans Herz legen, die Kühlung in den Räumen zu prüfen. Gemäss Internetrecherche gilt bis 24 Grad als akzeptabel, darüber müsste man eigentlich reagieren. Babys und Kleinkinder können die Hitze noch nicht so ausgleichen wie wir Erwachsene, was für die kleinen Kinder auch gefährlich werden kann. Das ist ihr ein grosses Anliegen. Die SP-Fraktion ist dafür, dieses Postulat als erheblich zu erklären.

Der Einwohnerrat beschliesst:

Das Postulat «Kita Standortüberprüfung» wird einstimmig als erheblich erklärt.

Beschluss-Nr. 17

7. Interpellation «Weiteres Vorgehen betreffend Landwirtschaftsstrategie»

Wortmeldung Interpellanten

Claudio Götz, Pro Stein, Mitinterpellant: Die prominenten Traktanden 3 und 4 wurden bereits abgehandelt. Es war ihnen ein Anliegen, auch für das Volk, Klarheit zu schaffen, wie es weitergehen soll nach der Abstimmung im Januar. Es hat sie dazu bewegt, die Interpellation einzureichen, um Transparenz zu schaffen.

Wortmeldung Stadtrat

Hochbaureferent Ulrich Böhni: Er verliest die Stellungnahme des Stadtrats zur Interpellation:

Einleitung:

Die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte Nicole Lang, Carolina Bächli, Claudio Götz, Ruth Metzger, Daniel Ochsner, Werner Käser, Rafael Aragón, David Böhni, Beat Leu, Niels Müller sowie Marco Suter haben die Interpellation «Weiteres Vorgehen betreffend Landwirtschaftsstrategie» eingereicht. Gegenstand der Interpellation sind Fragen zum weiteren Vorgehen des Stadtrats im Zusammenhang mit der Landwirtschaftsstrategie nach der Volksabstimmung vom 18. Januar 2026 sowie zu den geplanten weiteren Schritten, der Einbindung verschiedener Anspruchsgruppen und dem zeitlichen Ablauf der noch ausstehenden Geschäfte.

Beantwortung:

1. Warum fand bis zum jetzigen Zeitpunkt weder mit der Landwirtschaftskommission noch mit dem Einwohnerrat ein Austausch statt?

Seit der Volksabstimmung vom 18. Januar 2026 fanden mit der Landwirtschaftskommission insgesamt vier Austausche statt, nämlich am 21. Januar 2026, 15. April 2026, 1. Juni 2026 sowie 23. Juni 2026.

Auch mit dem Einwohnerrat fand ein Austausch statt. Dieser wurde am 1. Juni 2026 durchgeführt. Die Terminsuche wurde bereits im April 2026 aufgenommen. Aufgrund terminlicher Schwierigkeiten konnte jedoch Anfang Mai kein geeigneter Termin gefunden werden, weshalb der Austausch erst am 1. Juni 2026 stattfinden konnte.

Die Annahme, dass weder mit der Landwirtschaftskommission noch mit dem Einwohnerrat ein Austausch stattgefunden habe, trifft somit nicht zu.

2. Wieso ist die Zeitspanne der 1. Anhörung und den weiteren Anhörungen so gross bzw. wieso wird dies so wenig priorisiert?

Der Stadtrat hat den Austausch mit dem Nein-Komitee vom 30. März 2026 bereits an seiner Sitzung vom 1. April 2026 ausgewertet. Am 2. April 2026 wurde dem Einwohnerrat eine Terminumfrage für einen gemeinsamen Austausch zugestellt. Dabei wurden zwei Termine Anfang Mai 2026 sowie zwei Termine Anfang Juni 2026 vorgeschlagen. Da für die Termine im Mai keine ausreichende Verfügbarkeit seitens des Einwohnerrats bestand, konnte der Austausch erst am 1. Juni 2026 durchgeführt werden.

In der Zwischenzeit fanden die Gespräche mit den Pächtern der Walderhöfe sowie den Steiner Landwirten statt. Der Stadtrat hat die Arbeiten an der Landwirtschaftsstrategie laufend vorangetrieben.

Die Annahme, dass die Landwirtschaftsstrategie zu wenig priorisiert werde, trifft nicht zu. Der Stadtrat misst diesem Geschäft eine hohe Bedeutung bei und bearbeitet es mit hoher Priorität. Politische Prozesse erfordern jedoch die Koordination verschiedener Anspruchsgruppen und Gremien, was entsprechende Zeit in Anspruch nimmt.

3. Wann und mit welchen Interessensgruppen finden weitere Anhörungen statt?

Der Stadtrat hat seit der Volksabstimmung vom 18. Januar 2026 verschiedene Gespräche und Anhörungen mit betroffenen Anspruchsgruppen durchgeführt. Auf die bereits unter Frage 1 erwähnten Austausche mit der Landwirtschaftskommission und dem Einwohnerrat wird verwiesen.

Am 30. März 2026 fand ein Austausch mit Vertretern der Gegner des Tauschgeschäfts statt. An diesem Gespräch nahmen auch Mitglieder der Landwirtschaftskommission teil.

Im April 2026 wurden mit den drei Pächtern der Walderhöfe Einzelgespräche geführt. Im Mai 2026 folgten unter Einbezug der Landwirtschaftskommission Einzelgespräche mit den Steiner Landwirten.

Mit Stefan Derrer fand bereits im Januar 2026 ein erstes Gespräch statt. Ein weiteres Gespräch wurde im Juni 2026 unter Einbezug der Landwirtschaftskommission durchgeführt.

Der Stadtrat erachtet die Anhörungsphase damit als weitgehend abgeschlossen. Die Erkenntnisse aus den verschiedenen Gesprächen fliessen in die weiteren Arbeiten zur Landwirtschaftsstrategie ein. Bei Bedarf können im weiteren Prozess zusätzliche Gespräche mit betroffenen Anspruchsgruppen geführt werden.

4. Werden die Auswertungen der Anhörungen auch in die Landwirtschaftsstrategie miteinbezogen? Und wird der Einwohnerrat miteinbezogen?

Ja. Die Erkenntnisse aus den verschiedenen Anhörungen und Gesprächen fliessen in die weiteren Arbeiten zur Landwirtschaftsstrategie ein und werden bei der Erarbeitung der nächsten Schritte berücksichtigt.

Der Einwohnerrat wurde bereits am 1. Juni 2026 in den Prozess einbezogen. Dieser Einbezug soll auch im weiteren Verlauf der Arbeiten fortgeführt werden.

5. Ist die Landwirtschaftsstrategie mit der deutlich abgelehnten ersten Abstimmungsvorlage noch umsetzbar?

Der Stadtrat hat nach der Volksabstimmung einen intensiven Anhörungsprozess durchgeführt und das weitere Vorgehen festgelegt. Die Erkenntnisse aus den Gesprächen mit den verschiedenen Anspruchsgruppen werden in die weiteren Arbeiten einfließen.

Ob und in welcher Form, Ziele der Landwirtschaftsstrategie umgesetzt werden können, kann zum heutigen Zeitpunkt noch nicht abschliessend beurteilt werden. Diese Fragestellung wird im weiteren Prozess unter Einbezug eines grösseren Begleitgremiums vertieft geprüft und bearbeitet.

6. Bis wann werden die weiteren Vorlagen erarbeitet und sind bereit zur Abstimmung?

Zum heutigen Zeitpunkt kann noch nicht abschliessend beurteilt werden, wann die weiteren Vorlagen erarbeitet werden können und ob beziehungsweise wann diese den Stimmberechtigten zur Abstimmung unterbreitet werden.

Der Stadtrat hat nach der Volksabstimmung einen intensiven Anhörungsprozess durchgeführt und das weitere Vorgehen festgelegt. Die weiteren Arbeiten erfolgen unter Einbezug der Landwirtschaftskommission und eines Begleitgremiums. Der weitere Prozess wird aufzeigen, welche Vorlagen erarbeitet werden sollen und welcher Zeitplan dafür zweckmässig ist.

Betreffend der Walderhöfe ist folgendes Vorgehen konkret geplant:

Der Pachtvertrag für den Landwirtschaftsbetrieb Unterwald wird bis Ende 2027 verlängert. Die befristete Verlängerung erfolgt, um ausreichend Zeit für die Klärung der zukünftigen Nutzung des Betriebs Unterwald sowie der dazugehörigen Pachtflächen zu schaffen und die notwendigen strategischen Entscheidungen sorgfältig vorzubereiten.

Beim Betrieb Oberwald 1 besteht ein erheblicher Sanierungsbedarf bei der Scheune. Der Stadtrat prüft derzeit, ob dem Einwohnerrat eine Vorlage zur Sanierung der Scheune in Verbindung mit einer Verlängerung des Pachtverhältnisses um sieben Jahre unterbreitet werden soll. Über die weiteren Schritte und die entsprechenden Entscheide wird der Stadtrat die Öffentlichkeit und den Einwohnerrat voraussichtlich bis Mitte Juli 2026 informieren.

7. Mit Hinblick auf die eingereichte Volksinitiative: Ist der Stadtrat bereit, eine Variantenabstimmung in Betracht zu ziehen?

Der Stadtrat hat dem Einwohnerrat an der heutigen Sitzung beantragt, die Volksinitiative abzulehnen. Eine Variantenabstimmung wird vom Stadtrat derzeit nicht verfolgt. Über die weitere Behandlung der Volksinitiative entscheidet der Einwohnerrat im Rahmen seiner Beratung.

Allfällige Varianten könnten im Falle einer Annahme der Volksinitiative im Rahmen der Ausarbeitung der Umsetzungsvorlage geprüft werden. Die Entscheidung über einen allfälligen Gegenvorschlag (Variante) obliegt dabei dem Einwohnerrat.

Detailberatung

Beat Leu, GLP: Was ist das für ein Begleitgremium?

Hochbaureferent Ulrich Böhni: Es wurde bereits kommuniziert und auch an der Aussprache mit dem Einwohnerrat erwähnt, dass ein Begleitgremium bzw. Soundingboard eingesetzt wird, was von verschiedenen Seiten gewünscht wurde. Dieses ist breit zusammengesetzt aus Einwohnerrat, weiteren Interessensgruppen, Meinungsinhabern, Parteivertretern etc., ähnlich wie bei der BNO. Es handelt sich um eine Anhörung.

Einwohnerratspräsident Werner Käser, FDP: Sind die Interpellanten mit der Antwort zufrieden?

Nicole Lang, parteilos, Interpellantin: Ja.

Nicole Lang, parteilos und Claudio Götz, Pro Stein: Können wir eine Pause machen?

Einwohnerratspräsident Werner Käser, FDP: Ja, wir machen eine zehnminütige Pause.

Beschluss-Nr. 18

8. Kreditabrechnung Beschaffung Zangenschlepper

Vorstellung Traktandum

Tiefbaureferentin Irene Gruhler Heinzer: Sie bedankt sich, dass wir den Zangenschlepper anschaffen durften. Er ist sogar ein wenig günstiger gekommen. Wie in der Jahresrechnung ersichtlich, bewährt sich der Zangenschlepper. Auch im Jahresbericht ist erwähnt, dass er bodenschonend ist. Wenn wir früher Maschinen mieten mussten, mussten wir auch bei nassem Wetter in den Wald fahren. Jetzt können wir das besser steuern und nur bei trockenem Boden in den Wald fahren.

Eintreten

Nicole Lang, parteilos, Bürgerliche Fraktion: Die Bürgerliche Fraktion hat den Antrag zur Genehmigung der Kreditabrechnung für die Beschaffung eines Zangenschleppers an der Fraktionssitzung besprochen. Die Vorlage ist kurz und übersichtlich. Mit Minderkosten von knapp CHF 600.00 entspricht die Kreditabrechnung dem bewilligten Budget. Die Bürgerliche Fraktion ist für Eintreten.

Peter Keller, SP, SP-Fraktion: Die SP-Fraktion hat die positive Kostenabrechnung für den Zangenschlepper zur Kenntnis genommen und freut sich, dass damit die zukünftige Arbeitssicherheit im Forst erhöht werden kann. Gleichzeitig wird die Wirtschaftlichkeit und Flexibilität verbessert, was nicht unwesentlich ist. Der Zangenschlepper konnte sogar bereits gegen Entgelt ausgeliehen werden. Ein Dankeschön geht auch an Irene Gruhler Heinzer, die sich für diese Anschaffung eingesetzt hat.

Der Einwohnerrat beschliesst:

Die Kreditabrechnung über die Bruttokosten von CHF 549'418.12 für die Beschaffung eines Zangenschleppers wird einstimmig genehmigt.

Beschluss-Nr. 19

9. Bauabrechnung Restauration Obertorturm

Vorstellung Traktandum

Hochbaureferent Ulrich Böhni: Der Stadtrat und das Immobilienreferat sind nicht sehr glücklich, dass die ursprünglich budgetierten CHF 52'000.00 um CHF 45'000.00 überschritten worden sind. Der Grund dafür liegt in der Feststellung, dass die Westfassade, die den Turm gegenüber den Nachbargebäuden stark überragt, in einem absolut desolaten Zustand war. Entsprechend musste man dringlich gebunden die Arbeiten erweitern, basierend auf dem bestehenden Gerüst. Es hat sich um ein komplexes Gerüst gehandelt, da es auch wegen den Windverhältnissen wetterausgerichtet war. Das allein hat die Hälfte der Mehrkosten ausgemacht. Heute haben wir Freude, wie schön der Turm aussieht, der ansonsten ein Schandfleck geblieben wäre. Ohne diese Restaurierung wären grössere Teile der Fassade mit der Zeit heruntergekommen. Deswegen haben wir grosses Verständnis für die geäusserte Kritik und die Hinweise im GPK-Bericht. Bei der Budgetierung von Sanierungen müssen wir beim Amt für Denkmalpflege verbindliche Zahlen liefern und auf dieser Basis werden die denkmalpflegerischen Beiträge bestimmt. Leider können beim Kanton auch begründete wesentliche Mehrkosten nicht mehr nachgereicht werden, um höhere Kantonsbeiträge zu erhalten. So lauten die gesetzlichen Grundlagen. Retrospektiv gesehen hätten wir mit einer Hebebühne auch die oberen Teile des Turmes analysieren müssen. Dann hätte man bereits im Vorfeld feststellen können, dass die Situation wesentlich schlechter ist, als man angenommen hat. Er möchte der Jakob und Emma Windler-Stiftung einen Dank aussprechen, dass wir einen Antrag mit der Begründung für die Mehrkosten stellen konnten und die Stiftung bereit war, den gesprochenen Betrag entsprechend zu erhöhen. So müssen wir netto nur auf die fehlenden höheren Kantonsbeiträge zuhänden der Rechnung verzichten.

Eintreten

Beat Leu, GLP, Bürgerliche Fraktion: Wie die GPK bereits mitgeteilt hat, wurde das Budget deutlich überschritten. Die vorliegenden Begründungen wurden nachvollziehbar erläutert. Dennoch zeigt sich, dass bei historischen Gebäuden eine angemessene Reserve für Unvorhergesehenes ratsam ist. Ein besonderer Dank gilt der Jakob und Emma Windler-Stiftung, die einen grossen Anteil der Mehrkosten übernommen hat, was nicht selbstverständlich ist. Die Bürgerliche Fraktion unterstützt das Eintreten.

Anton Adam, parteilos, SP-Fraktion: Die SP-Fraktion unterstützt einstimmig den Antrag des Stadtrats. Die Erläuterungen sind nachvollziehbar und die Entscheidungen den Umständen entsprechend vernünftig. In der Fraktion wurde über die Kosten diskutiert, gleichzeitig aber festgestellt, dass die GPK in ihrem Bericht bereits genau das festgestellt hat, was sie auch gedacht haben. Bei historischen Gebäuden muss man immer mit unvorhergesehenen Ausgaben rechnen. Die GPK schlägt deshalb eine Reserve von 20-30 % vor, was auch die SP-Fraktion unterstützt. Sie stimmen der Bauabrechnung zu.

Der Einwohnerrat beschliesst:

Die Bauabrechnung über die Bruttokosten von CHF 97'639.35 für die Restaurierung des Obertorturms wird einstimmig genehmigt.

Beschluss-Nr. 20

10. Bauabrechnung Restauration Untertorturm

Vorstellung Traktandum

Hochbaureferent Ulrich Böhni: Auch in dieser Abrechnung gibt es gewisse Abweichungen, wobei diese wesentlich weniger hoch sind. Von den Gesamtkosten von CHF 88'000.00 sind CHF 67'000.00 fremdfinanziert durch den Kanton und die Jakob und Emma Windler-Stiftung. Auch das ist ein sehr schönes Objekt geworden. Man darf Freude daran haben. Die Budgetierung der Restaurierungskosten ist teilweise schwierig, man muss auf Präzision achten. Bei der grossen Vorlage zur Sanierung Rathaus, Haus zum Steinbock, Zeughaus und Gnehm-Garagen hat man einen sehr grossen Aufwand betrieben, um die Kosten möglichst exakt zu definieren und hat entsprechend eine Bauherrenreserve eingeplant. Diese kommt allenfalls im ersten Quartal 2027 in den Einwohnerrat.

Eintreten

Rafael Aragon, Pro Stein, Bürgerliche Fraktion: Die vorliegende Bauabrechnung weist eine Kreditüberschreitung von rund 65 % aus. Der bewilligte Kredit von CHF 57'000.00 wurde um rund CHF 31'800.00 überschritten. Eine solche Abweichung verdient unsere Aufmerksamkeit und eine kritische Würdigung. Die Begründung des Stadtrats ist jedoch nachvollziehbar. Erst nach dem Erstellen des Gerüstes wurden zusätzliche Schäden an der Fassade sichtbar. Es wäre weder wirtschaftlich noch verantwortungsvoll gewesen, diese Arbeiten aufzuschieben und zu einem späteren Zeitpunkt erneut Kosten für die Gerüst- und Baustelleneinrichtung in Kauf zu nehmen. Dennoch zeigt dieses Geschäft, dass wir aus solchen Projekten Lehren ziehen müssen. Bei der Sanierung historischer Gebäude sind unvorhergesehene Schäden eher die Regel als die Ausnahme. Künftig sollten entsprechende Gutachten und Sondierungen umfassender durchgeführt und deren Ergebnisse bereits bei der Budgetierung berücksichtigt werden. Dies würde die Planungssicherheit erhöhen, mehr Transparenz schaffen und dazu beitragen, Kreditüberschreitungen zu vermeiden, die im Nachhinein begründet werden müssen. Darüber hinaus regen wir den Stadtrat an, den Zustand unserer historischen Gebäude systematisch zu erfassen und ein entsprechendes Zustandsinventar zu erstellen. Eine solche Grundlage erleichtert die langfristige Investitionsplanung und trägt dazu bei, Überraschungen bei zukünftigen Sanierungen zu reduzieren. Die Bürgerliche Fraktion wird deshalb auf das Geschäft eintreten und der Bauabrechnung zustimmen.

Anton Adam, parteilos, SP-Fraktion: Die SP-Fraktion ist für Zustimmung.

Der Einwohnerrat beschliesst:

Die Bauabrechnung über die Bruttokosten von CHF 88'776.05 für die Restaurierung des Untertorturms wird einstimmig genehmigt.

Beschluss-Nr. 21

11. Bauabrechnung Umstellung öffentliche Beleuchtung auf LED

Vorstellung Traktandum

Tiefbaureferentin Irene Gruhler Heinzer: Es gab eine Überschreitung, da wir das Beleuchtungskonzept nicht miteinbezogen haben. Das sind CHF 5'671.55, die wir überzogen haben, also 1.09 %. Aus dem gesamten Prozess kann sie resümieren, dass es sehr erfolgreich war, dass man es in einer Etappe umgesetzt hat. Den Mehrwert hören wir alles aus der Bevölkerung. Das gesamte Vorhaben hat sich gelohnt. Die Umstellung auf LED in der Altstadt steht uns noch bevor. Sie kann noch nicht sagen, wann

dies terminiert wird, da noch andere Projekte laufen und teilweise noch gewisse Überschneidungen bestehen mit der Umstellung der Altstadtbeleuchtung. Wir werden zu einem späteren Zeitpunkt informieren. Sie bittet um Genehmigung dieser Bauabrechnung.

Eintreten

Daniel Ochsner, SVP, Bürgerliche Fraktion: Es ist eine gute Sache und er ist froh, dass die Durchführung in einer Etappe beantragt wurde. Es funktioniert ziemlich überall. Es war eine gute Investition. Die Bürgerliche Fraktion ist für eintreten.

Simone Good, parteilos, SP-Fraktion: Die SP-Fraktion hat die Bauabrechnung geprüft und diskutiert und kann die Mehrkosten nachvollziehen. Sie möchten erwähnen, dass die Umstellung für die Wildtiere und die Natur eine sehr willkommene Massnahme ist. Auch aus der Bevölkerung haben sie bereits sehr positive Feedbacks erhalten. Auch für die Anwohner ist es angenehmer, im Dunkeln zu schlafen. Und wenn es dunkel ist, wird es trotzdem hell, wenn jemand vorbeiläuft. Es ist einfach eine gute Sache. Sie sind für Eintreten.

Detailberatung

Niels Müller, Pro Stein: Kann man bereits beziffern, wie hoch die Stromersparnisse sind?

Tiefbaureferentin Irene Gruhler Heinzer: In der Vorlage hatten wir es ausgerechnet, aber wie es resümiert wird, kann sie jetzt nicht beziffern. Sie nimmt das aber gerne als Auftrag entgegen, das ist eine interessante Frage.

Der Einwohnerrat beschliesst:

Die Bauabrechnung über die Bruttokosten von CHF 525'671.55 für die Umstellung der öffentlichen Beleuchtung auf LED wird einstimmig genehmigt.

Beschluss-Nr. 22

12. Informationen und Umfrage

Hochbaureferent Ulrich Böhni: Die Sanierung des Schulhauses Schanz wurde vor weniger als einem Jahr abgeschlossen mit dem Bezug. Es mussten noch einige Schlussarbeiten gemacht werden. Bei einem Starkregenereignis im Herbst gab es einen Wassereinbruch im Keller. Es gab noch ein paar weitere Themen. Der Wassereinbruch hatte seine Ursache im westlichen Eingangsbereich des Anbaus. Alle diese Themen wurden mit den zuständigen Unternehmern angeschaut. Ein Teil der Anpassungen erfolgte auf Kosten eines Unternehmers, da kleine Fehler gemacht wurden. Da wir vom Gesamtkredit gut dastehen, haben wir noch bauliche Massnahmen vorgenommen im Zusammenhang mit dem Wasserabfluss bei der Eingangsplatte zum Haupteingang hinten in Richtung Westen. Diese Arbeiten wurden in den Frühlingsferien ausgeführt, wobei jetzt alles perfekt funktioniert. Nun sind die allerletzten Rechnungen eingegangen. Das Planerteam sollte uns nächste Woche die definitive Abrechnung abliefern, sodass der interne Prüfprozess starten kann, sodass wir zeitnah die Bauabrechnung abschliessen können.

Hochbaureferent Ulrich Böhni: Am 1. April 2026 haben wir mit dem Planerteam die Arbeit für das Bauprojekt Sanierung Rathaus, Haus zum Steinbock, Zeughaus und Gnehm-Garagen aufgenommen. Das Projektteam hat in wöchentlichen Sitzungen sowie mit anderen Sitzungen mit Fachplanern etc. intensive Prozesse bereits hinter sich. Gestern fand die erste Projektausschusssitzung mit unter anderem zwei Einwohnerratsvertretern statt. Es konnte aufgezeigt werden, dass wir in der Planung bereits sehr gut fortgeschritten sind, terminlich sind wir auf Kurs. Parallel wurde eine umfassende Abklärung betreffend der Wärmesituation eingeleitet im Rathaus. Auch hierüber werden wir wieder berichten. Der Fahrplan, das Projekt bis Ende November abzuliefern, besteht nach wie vor. Auch der Finanzplan wird bis dann

vorliegen. Der Einwohnerrat kann damit rechnen, dass die Vorlage für die Freigabe einer allfälligen Bauherrenreserve in der ersten Einwohnerratssitzung im Jahr 2027 vorgelegt und verabschiedet werden kann. Ziel ist es, Ende 2027 mit den konkreten Bauarbeiten zu beginnen.

Beat Leu, GLP: Er bedankt sich für die Empfehlung zum Wassersparen, das findet er sehr gut. Gibt es auch Empfehlungen zu Flur- und Waldbränden? Oder wie sieht die Situation bei uns in der Region aus?

Tiefbaureferentin Irene Gruhler Heinzer: Der Kanton hat kürzlich Stufe 3 (erheblich) verhängt. Man muss vorsichtig sein, das Feuer löschen bzw. nur in Feuerschalen entfachen etc. Der Kanton hat eine Warnung veröffentlicht. Wir stützen uns auf den Kanton und ergreifen keine eigenen Massnahmen, da wir nur für unseren Wald verantwortlich sind.

Einwohnerrat Stein am Rhein

Werner Käser
Einwohnerratspräsident

Julia Schmid
Ratssekretärin